

## **Auswirkungen der Gesellschaftssysteme der Alliierten auf den unterschiedlichen Umgang mit den Deutschen und dem besiegten Deutschland**

Mit der Niederlage des „Dritten Reiches“ im Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland ein Spielball der Siegermächte, welche nun über die Zukunft der deutschen Bevölkerung zu entscheiden hatten. Die konträren Gesellschaftssysteme der Alliierten führten dabei zu einem unterschiedlichen Handeln in den jeweiligen Zonen. Die Ansichten der Westmächte wurden durch die Vereinigten Staaten von Amerika repräsentiert dem gegenüber stand der Stalinismus der UdSSR. Die Grundsätze dieser beiden Großmächte beeinflussten die Deutschen und die unterschiedlichen Besatzungszonen, welche später die zwei deutschen Staaten bildeten, nachhaltig. Demzufolge sind die Auswirkungen der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in den jeweiligen Territorien der Alliierten zu finden und nachzuweisen.

Elementar für diese Betrachtung sind sowohl die zur damaligen Zeit herrschenden Zustände im ehemaligen deutschen Reich als auch die konträren Gesellschaftssysteme der Siegermächte. Zur Situation in Deutschland ist grundlegend festzustellen, dass jenes, aufgrund der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945, nicht länger als Staat existierte. Es war lediglich ein Territorium vorhanden, welchen von einer deutschsprachigen Bevölkerung besiedelt wurde. Dabei ist entscheidend, dass es keine deutschen Staatsmänner gab. Die politische Gewalt lag vollständig in den Händen der Alliierten, welche ihre Macht durch Militärgouverneure ausübten. Dieses Provisorium sollte Stabilisation und Ordnung in ein, in Trümmern liegenden, ehemals totalitären Staat bringen und den Weg für ein demokratisiertes Deutschland ebnen. Die Grundlagen für diesen Weg wurden im August 1945 mit dem Potsdamer Abkommen gelegt. Dabei spielten vorrangig die Punkte: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Demontage und Demokratisierung eine Rolle. Diese stellten gleichzeitig auch die elementarsten Aufgaben der Siegermächte nach dem 2. Weltkrieg dar und ergeben somit Vergleichspunkte, um die Auswirkungen der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme der Besatzer zu untersuchen.

Jedoch ist zuerst die Frage zu klären, welche Gesellschaftssysteme vertreten sind, wie sie sich definieren und inwiefern sie sich unterscheiden. Als Repräsentant der westlichen Alliierten ist die USA legitim, da diese den 2. Weltkrieg maßgeblich prägte und durch die Invasion in der Normandie (Operation „Overlord“, 6. Juni 1944) eine Wende im Westen darstellte. Demgegenüber steht die UdSSR, welche am 2. Mai 1944 Berlin einnahm. Nun zu den Gesellschaftssystemen beginnend mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA definiert sich grundsätzlich durch die bürgerliche Demokratie. Dabei sind Merkmale einer solchen politischen Ordnungsvorstellung stark ausgeprägt und besitzen zusätzlich einen ideellen Wert. Das heißt demnach, dass Gewaltenteilung und politische Partizipation vorhanden sind, Pluralismus einen Grundsatz der Gesellschaft bildet, Freiheit, insbesondere Press-, Meinungs- und Religionsfreiheit, gewährleistet ist und Wahlen wahrheitsgemäß durchgeführt werden. Diese Leitsätze finden sich ebenfalls bei Frankreich und Großbritannien, welche zusammen mit den USA die demokratisch geprägte Seite der Alliierten darstellen. Jenen steht die UdSSR mit einem totalitären System, dem Stalinismus, gegenüber. D.h. in der Sowjetunion hatte die Arbeiterpartei der Bolschewisten, eine politische Massenpartei, die gesamte politische Macht inne. Diese politische Gewalt lag dabei in der Hand einer Minderheit, der Elite, welche von Josef Stalin angeführt wurde. Demzufolge fungierte Stalin als ein Diktator in einem totalitären Staat, welchem der Kommunismus als Ideologie zugrunde lag. Demzufolge existierte keine politische Partizipation und Gewaltenteilung, was konträr zur politischen Ordnungsvorstellung der Demokratie der Westmächte war. Folglich war auch die weiteres Merkmal, die Toleranz pluralistischer Gruppen, insbesondere die Anerkennung einer Opposition, nicht vorhanden. Gegner des stalinistischen Regimes wurde von Geheimpolizei und Militär verfolgt und mit grausamen Mitteln mundtot gemacht. Die Gesellschaft bildete eine militarisierte Gemeinschaft, in der das Individuum seine Einzigartigkeit und Freiheit verlor und sich dem Gemeinwillen, welche die Bolschewisten vorgaben, unterzuordnen hatte. Die Presse und Medien wurden zensiert, nur die öffentliche Meinung des Regimes wurde

geduldet. Der totalitäre Stalinismus bildet also ein enormen Gegensatz zu den demokratischen Ordnungsvorstellung der westlichen Alliierten.

Dies spiegelte sich auch in den Wirtschaftssystemen wieder, welche ebenfalls konträr zu einander standen. Auf der einen Seite befand sich die freie Marktwirtschaft bzw. der Kapitalismus der Westmächte, demgegenüber war die sozialistische Planwirtschaft der Sowjetunion zu verzeichnen.

Durch diese verschiedenen Ansichten der Alliierten, ergaben sich daher auch verschiedene Pläne für Besatzungszonen. Die amerikanische Deutschlandpolitik hat bis 1946 primär an einer moralisch begründeten Politik der Umerziehung festgehalten. Dabei schwankte das US-Besatzungsregime zwischen pragmatischer Krisenbewältigung und Scheu vor Entscheidungen. Die offizielle Politik sah demnach ein Abwarten. Jedoch kamen intern schon Forderungen nach einer Sicherung Westeuropas aus, welche des Weiteren die Forderung des Zusammenschluss der westlichen Territorien und den raschen Wiederaufbau einschlossen. Im Gegensatz zu den US-Amerikanern waren die Briten wirtschaftlich ruiniert. Daher war London daran interessiert die deutsche Volkswirtschaft rasch instand zu setzten, um diese dann von britischen Hilfslieferungen abhängig zu machen, um somit die eigene Wirtschaft zu stabilisieren. Es sind demnach frühzeitig Überlegungen zu einer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung Westdeutschlands entstanden. Zusammenfassend ist folglich Schlusszufolgern, dass die USA und Großbritannien ähnliche Ziele in ihren Besatzungszonen anvisierten. Frankreich hingegen als die dritte westliche Besatzungsmacht hatte vorerst kein Interesse an einem ökonomischen und politischen Wiederaufbau Deutschlands, da Paris eine Wiederbelebung der deutschen Gefahr verhindern wollte. Erst im August 1948 schlossen sich die Franzosen der Auffassung der anderen beiden westlichen Alliierten an, da man einsah, dass die Deutschen sich selbst versorgen mussten, weil die Siegermächte die Kosten für das dauerhafte Überleben der deutschen Bevölkerung nicht aufbringen konnten. Die stalinistische Sowjetunion grenzte sich von den Westmächten ab und strebte die Position einer Hegemonialmacht an, d.h. die Vorherrschaft über den Kontinent. Daher war die sowjetische Deutschlandpolitik vom Machterhalt in der SBZ (Sowjetischen Besatzungszone) geprägt. Jedoch versuchte Stalin die Option der Einflussnahme auf Gesamtdeutschland zu erhalten, da die Sowjetunion umfangreiche Reparationen benötigt, um einen Wiederaufbau der Wirtschaft zu ermöglichen. Die SBZ sollte, aufgrund Stalins Plan zur Vormachtsstellung der UdSSR, die grundlegenden kommunistischen Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen Russlands annehmen und als Vorbild für Gesamtdeutschland dienen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Ziele zwischen den westlichen Besatzern und der Sowjetunion, lässt ein darausfolgender unterschiedlicher Umgang mit der deutschen Bevölkerung in jeweiligen Zonen erahnen. Um dies jedoch nachzuweisen, müssen gleiche Ziele aller Alliierten betrachtet werden, da nur so der verschiedene Umgang eindeutig bewiesen werden kann.

Anhand der Unterschiede im Bezug auf Herrschaftsordnung, Gesellschaftssystem und Wirtschaft ist eine Beweisführung möglich. Es bietet sich an, die Entnazifizierung als Vergleichspunkt zu wählen, da diese Aufgabe in allen Besatzungszonen höchste Priorität besaß.

Die Denazifizierung hat am 20.11.1945 mit den Nürnberger Prozessen begonnen, dabei arbeiteten alle Besatzer noch zusammen, um die Führungsschicht der NS-Regimes ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Weiterhin wurden die NSDAP, die Gestapo, die SS, die SA, die Reichsregierung und das Oberkommando der Wehrmacht angeklagt. Die vier wesentlichsten Anklagepunkte lauteten 1. Verschwörung gegen den Frieden (Militarisierung & Vorbereitung eines Angriffskrieges), 2. Verbrechen gegen den Frieden (Aggressor), 3. Kriegsverbrechen, 4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Völkermord). Von den 22 Angeklagten wurden zwölf zum Tode durch den Strang, drei zu lebenslanger Haft und vier zu Haftstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren verurteilt. Lediglich drei wurden freigesprochen. Die Nürnberger Prozesse bildeten eine gemeinsam durchgeführte Bestrafung ehemaliger führender Nazis. In den jeweiligen Besatzungszonen fand zusätzlich eine weitere Entnazifizierung statt. In den Westzonen wurden 5025 Angeklagte verurteilt, darunter 806 zum Tode, davon wurden 486 Hinrichtungen vollzogen. Besonders auffällig war dabei, das besondere Engagement und Strenge der Amerikaner, welche die Denazifizierung mit großem bürokratischem Aufwand vollzogen. In den ersten Monaten der Besatzung unterzogen sie den gesamten öffentlichen Dienst und auch viele Wirtschaftsunternehmen einer gründlichen Säuberung.

Dabei hielten sie weitestgehend ihr Ideale und moralischen Grundvorstellung, welche durch ein bürgerliche Demokratie geprägt wurden, ein. Demnach wurden die Verfahren gewissenhaft geleitet und die Strafen angemessenen der jeweiligen Sachlage bestimmt. Ein Beispiel für die Gründlichkeit der USA ist in Bayern zu finden. Dort verloren von 18000 Volksschullehrern 10000 ihren Posten. In Hessen wurde jeder zweite Beamte und jeder dritte Angestellte entlassen. Jedoch war dieses radikale Eingreifen nicht durchweg möglich, da man nicht sofort genügend Personal fand, um die freigeworden Stellen zu besetzen. Eine Variante bestand darin, Beamte der Weimarer Republik einzusetzen, jedoch waren auch diese nicht in Unmengen vorhanden. Im März 1946 übertrugen die Amerikaner den Vollzug der Entnazifizierung auf deutsche Juristen. Daher musste jeder Deutsche über 18 Jahren einen Fragebogen mit 131 Fragen über seine berufliche und politische Vergangenheit ausfüllen. Durch Spruchkammern wurden die erfassten Personen in einem prozessähnlichen Verfahren in fünf Kategorien eingeteilt: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete und ihrer angemessenen Strafe zugeführt. In der US-Zone fielen 3,6 Millionen Personen von insgesamt 13 Mio. Fragebögen unter die Entnazifizierung. Ungefähr zehn Prozent davon wurden verurteilt und nur ein Prozent wurde bestraft.

Im Gegensatz zu den Westzonen lief die Denazifizierung in SBZ radikaler ab. Dieser Prozess vollzog sich unter dem Motto der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Die personelle Säuberung betraf über eine halbe Million ehemaliger Nationalsozialisten in Verwaltung und Industrie. Der Schnitt bei Polizei und Justiz war noch drastischer, da die Sowjetische Militäradministration in Deutschland hier besonders Wert auf einen ergebnen Apparat legte. Dabei gingen die Sowjets nicht nach demokratischen Grundsätzen vor, da nur derjenige ein Amt bekam, der sich als sehr regimetreu erwies. Die Polizei und die Justiz stellten die Kontrollorgane der Gesellschaft in dieser totalitären Herrschaft dar und sollten den Gemeinwillen schützen, der durch die Elite vorgegeben wurde durchsetzen. Hier lässt sich ein konträrer Umgang in der Entnazifizierung der Behörden im Bezug auf die USA erkennen. Die Amerikaner folgten dem demokratischen Leitgedanken und setzen Politiker aus der Weimarer Republik ein, die Sowjets hingegen besetzten die Behörden in ihrer Besatzungszone mit regimetreuen Anhängern des Kommunismus/Stalinismus, um ihre totalitäre Macht zu gewährleisten. Gegner der Kommunisten, die selbst keine Nationalsozialisten waren, wurde wie diese behandelt und in die UdSSR oder Internierungslager deportiert. Somit zeigt sich ein weiterer Unterschied im Umgang mit den Deutschen: die willkürliche Bestrafung aller Oppositioneller in der SBZ. In den Besatzungszonen der Westmächte wurde die Entnazifizierung durch Gesetze legitimiert, die eine nachweisbare Schuld benötigten, um eine Verurteilung durchzuführen. Demzufolge wurden Oppositionelle und Kritiker der Besatzer nicht verfolgt, da eine pluralistische Gesellschaft angestrebt wurde. In der totalitären SBZ hingegen wurde der Pluralismus, welcher ein Merkmal der modernen Demokratie darstellt, nicht akzeptiert. Nur die Meinung der Besatzer, also die der Stalinisten/Kommunisten wurde als die Richtige anerkannt. Insgesamt wurden 150 000 Menschen (sowohl Naziverbrecher als auch Regimekritiker) in die UdSSR oder in Internierungslager gebracht. Unter furchtbaren Haftbedingungen starben dort um die 70 000 Personen. Diese radikale, unmenschliche Art stellt eine weitere Begründung für den unterschiedlichen Umgang mit den Deutschen in den jeweiligen Besatzungszonen dar. In den Westzonen wurden die Verurteilten menschlich behandelt, in der SBZ jedoch hatte das menschliche Individuum keinen Wert (Merkmal Diktatur- Totalitarismus), es wurde in willkürlich bestraft und Menschen wurden in Massen zu Tode gebracht. Diese Verbrechen fanden in den Besatzungszonen der USA, Frankreichs und Großbritanniens nicht statt. Weitere Argumente für den unterschiedlichen Umgang finden sich Juristen. In der SBZ führten meist sowjetische bzw. kommunistische Richter die Prozesse im Sinn der Ideologie, dem Kommunismus. In der US-Zone wurde deutsche Juristen die Aufgabe der Entnazifizierung in die Hände gelegt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Umgang mit den besiegten Deutschland bzw. den besiegten Deutschen in der jeweiligen Besatzungszone aufgrund konträrer Gesellschafts- und Herrschaftssysteme, unterschiedlich verlief.